

DIMITRIS-TSATSOS-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE VERFASSUNGSWISSENSCHAFTEN

DIE EUROPÄISCHE FRIEDENSPOLITIK DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER WEIMARER REPUBLIK - NATIONALSTAAT, EUROPA UND WELTGEMEINSCHAFT IM KONZEPT DER SPD

Prof. Dr. Peter Brandt

DTIEV Hagen, FernUniversität in Hagen

DTIEV-Online Nr. 1/2016

DTIEV-Online
Hagener Online-Beiträge zu den
Europäischen Verfassungswissenschaften

ISSN: 2192-4228

FernUniversität in Hagen
Dimitris-Tsatsos-Institut für Europäische Verfassungswissenschaften
58084 Hagen
Tel.: 02331 987-2912
e-mail: DTIEV@Fernuni-Hagen.de
<http://www.fernuni-hagen.de/dtiev>

Die europäische Friedenspolitik der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik – Nationalstaat, Europa und Weltgemeinschaft im Konzept der SPD

Peter Brandt*

In dem Dreivierteljahrhundert zwischen der Bismarck'schen Reichsgründung und der Zerstörung des Deutschen Reiches infolge des Hitler'schen Aggressionskrieges wird man von einer institutionalisierten und systematischen Außenpolitik in der deutschen Sozialdemokratie über lange Perioden kaum sprechen können, in denen die illegale, halblegale bzw. isolierte, obwohl 1890 bis 1932 wählerstärkste Partei entweder überhaupt keine oder nur wenige Möglichkeiten besaß, auf die staatlichen Außenbeziehungen einzuwirken. Insofern geht es teilweise eher um das außenpolitische Denken als um eigenes konkretes Handeln. Außenpolitik im engeren Sinn betrieb die SPD in der Weimarer Republik, wenn auch überwiegend indirekt – denn sie stellte auch nach 1918 nur in den ersten Jahren ausnahmsweise den Außenminister und war die überwiegende Zeit gar nicht an den Reichsregierungen beteiligt. Allerdings tolerierte sie manche bürgerlichen Regierungen oder deren Projekte – gerade auch aus außenpolitischen Gründen. Die Handlungsmaxime des „kleineren Übels“, das zur Vermeidung des größeren notfalls zu unterstützen sei, galt nicht nur für die Innenpolitik, sondern auch für die Außenpolitik, wenn etwa Kanzler Heinrich Brüning, durchaus anders gerichtete Bestrebungen nach 1930 widerwillige Duldung erfuhren, wie beim Bau des Panzerkreuzers B. (Panzerkreuzer A, Teil eines Wiederaufrüstungsvorhabens seitens der Reichswehr, das die SPD missbilligte, lehnte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1928 zwar ab, doch nahm sie die diesbezügliche Entscheidung der unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft gebildeten Großen Koalitionsregierung und der Reichstagsmehrheit hin.)

Die Kriegsniederlage Deutschlands und der revolutionäre Staatsumsturz im Herbst 1918 schienen für einen kurzen historischen Augenblick die Aussicht auf eine grundlegende Neu-

* Der vorliegende Beitrag basiert auf einem am 12. Mai 2016 am Dimitris-Tsatsos-Institut für Europäische Verfassungswissenschaften gehaltenen Vortrag. Professor Brandt war Inhaber des Lehrgebiets für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte und ist seit 2003 Direktor des DTIEV an der FernUniversität in Hagen. Der Beitrag ist in weiten Passagen textidentisch mit dem Aufsatz: *Peter Brandt, Sozialdemokratische Außenpolitik bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs*, in: Bernd Faulenbach / Bernd Rother (Hg.), *Außenpolitik zur Eindämmung entgrenzter Gewalt. Historische Erfahrungen der Sozialdemokratie und gegenwärtige Herausforderungen*, Essen 2016 (i.E.).

gestaltung der Verhältnisse, in den Außenbeziehungen wie im Innern, zu eröffnen. Die Sozialisten aller kriegführenden Länder, ungeachtet der Trennung von den Unabhängigen Sozialdemokraten auch die deutsche Mehrheitspartei¹, waren in der zweiten Kriegshälfte entscheidener als in der ersten auf Distanz zu den Annexionisten und Siegfriedensverfechtern gegangen; begeistert hatten sie die Botschaft des US-Präsidenten Wilson aufgenommen, die internationalen Beziehungen nach demokratischen und allgemein verbindlichen Regeln auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechts neu zu ordnen und den Weltfrieden dauerhaft zu sichern.² (Dass die Konzeption der „One World“ neben anderem auch der spezifischen Interessenlage des amerikanischen Kapitalismus entsprach, wurde in den sozialdemokratischen Hauptströmungen indessen zunächst unterschätzt.) Gerade jetzt erhielt die Sozialistische Internationale sowohl instrumentell als auch prinzipiell für die deutsche Sozialdemokratie eine große Bedeutung. Die Mehrheits-SPD stand im Hinblick auf ihre Politik im Ersten Weltkrieg mehr als andere Parteien in der Kritik. Die Anfang Februar 1919 nach Bern einberufene internationale Sozialistenkonferenz traf zwar – unter ausdrücklicher Bekräftigung des nationalen Selbstbestimmungsrechts – keine Festlegungen in territorialen Fragen, aber wies doch das Ansinnen der Franzosen zurück, die deutsche Mehrheitspartei aus der Internationale auszuschließen. Die Sympathie der Sozialisten auch der neutralen Länder gehörte indes überwiegend den USPD-Vertretern Eisner und Kautsky, die sich in der Kriegsschuldfrage von der MSPD klar distanzieren und dennoch nicht ohne Erfolg um Verständnis für die junge deutsche Demokratie warben.³

Doch die Außenpolitik der jungen Republik⁴ blieb im Wesentlichen in der Hand von Männern aus denjenigen Kreisen, die bereits die Außenpolitik des Kaiserreichs bestimmt hatten. Der

¹ Vgl. zur Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Ersten Weltkrieg und zu ihrer Politik im Krieg Wolfgang Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses, Essen 1993; Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

² Woodrow Wilsons Vierzehn Punkte in einer Rede vor dem Kongress vom 8. Januar 1918 in: Michaelis / Schraepfer, Ursachen, Bd. 2, S. 374-376. – Zum Versuch der späteren Anknüpfung der deutschen Seite an das Programm Wilsons und des Scheiterns dieses Ansatzes vgl. Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1972.

³ Vgl. Gerhard A. Ritter (Hg.), Die II. Internationale 1918/19. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen, Berlin / Bonn 1980, Bd. I, S. 179-570.

⁴ Vgl. als Standardwerk immer noch Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt² 1993; ferner ders., Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986; Gottfried Niedhart, Die Außenpolitik von Weimar, München 1999; Hans-Christof Kraus, Versailles und die Folgen. Außenpolitik zwischen Revisionismus und Verständigung 1919-1933, Berlin 2013. – Für die SPD grundlegend Stefan Feucht, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918-1933), Frankfurt am Main 1998; ergänzend Jürgen Bellers, Außenwirtschaftspolitik und politisches System der Weimarer Republik, Münster 1988,

Apparat des Auswärtigen Amts blieb vollkommen intakt, und es kam dort zu keinen durchgreifenden personellen Veränderungen. Vereinzelt ernannte Diplomaten mit SPD-Parteibuch passten sich eher den etablierten Berufskollegen an. Dabei darf man sagen: Wenn überhaupt irgendwann die Möglichkeit zur Entwicklung einer von Grund auf erneuerten Außenpolitik bestanden haben sollte – auch im Hinblick auf die sozialpsychologischen Voraussetzungen im deutschen Volk –, so wäre das Jahresende 1918 – parallel zum Weitertreiben der revolutionären Demokratisierung von Staat und Gesellschaft – der geeignete Zeitpunkt gewesen. Militärische Optionen waren dem Reich nicht mehr verblieben, und eine vorbehaltlose und nicht nur taktische (wie seitens der Berufsdiplomaten) Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts hätte die Öffentlichkeit in den Siegerländern vielleicht doch stärker beeinflussen können. Hier gab Deutschland mit dem von den Volksbeauftragten geduldeten, in mehrfacher Hinsicht reaktionären Verhalten der Armee im Baltikum ein schlechtes Beispiel, das zudem monatelang von einem MSPD-Mitglied, dem auf dem äußersten rechten Flügel stehenden August Winnig, repräsentiert und aktiv betrieben wurde.⁵

Die im Ergebnis der Kriegsniederlage einerseits, der Bürgerkriegskämpfe des Winters und Frühjahrs 1919 andererseits entstandene Reichswehr, eine relativ kleine Berufs- und Kadertruppe, vermochte sich mit ihrem der Republik gegenüber meist distanzierenden, wenn nicht feindlichen Offizierskorps in hohem Maß gegenüber dem demokratischen Staat abzuschotten und zu verselbstständigen. Erst 1929 beschloss die SPD auf ihrem Magdeburger Parteitag „Richtlinien zur Wehrpolitik“, die auf eine stärkere parlamentarische Kontrolle und eine innere Reform der Armee zielten.⁶

Die Bekanntgabe der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags ab Mai 1919⁷ traf die Sozialdemokratie, ebenso wie die anderen deutschen Parteien, schockartig. Schon die Waf-

S. 105-149; epochenübergreifend vgl. Dieter Groh / Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992.

⁵ Vgl. die eingehende Darstellung und Analyse bei Feucht, Haltung, S. 143-219.

⁶ Abgedruckt in: Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag, Magdeburg 1929, vom 26. bis 31. Mai, Berlin 1929, S. 288 f.

⁷ Abgedruckt in: Karl Wippermann / Friedrich Purlitz, Deutscher Geschichtskalender. Der europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles. Oktober 1918 – Juni 1919, Leipzig 1919, Anhang, S. 2-166. – Die wichtigsten Bestimmungen zulasten Deutschlands betrafen die Abtretung Elsaß-Lothringen und des größeren Teils der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen (jeweils ohne Abstimmung) sowie Eupen-Malmedys (nach manipulierter Abstimmung). In Oberschlesien musste 1921 auf denjenigen Teil verzichtet werden, der mehrheitlich für das neu geschaffene Polen votiert hatte, während Plebiszite im südlichen Ostpreußen und im östlichen Westpreußen überwältigende Mehrheiten für Deutschland ergeben hatten; Danzig wurde „Freie Stadt“ unter der Oberhoheit des Völkerbunds und Polens. Das Saargebiet wurde für 15 Jahre unter Völkerbundsverwaltung gestellt; dessen Bergwerke gingen an Frankreich. Ohne Anrechnung des Saargebiets verlor Deutschland etwa ein Zehntel

fenstillstandsbedingungen hätten Anlass zum Pessimismus bieten müssen. Versailles schien wegen der territorialen und finanziellen Bestimmungen, aber auch wegen der Festschreibung der deutschen Alleinschuld am Krieg, „unannehmbar“ und unerfüllbar.⁸ Tatsächlich stellte es einen Kompromiss der verschiedenen Siegermächte auf Kosten des besiegten Deutschland dar. Auch die meisten USPD-Vertreter – diese traten von vornherein für die Unterzeichnung ein – verurteilten Versailles als imperialistischen Gewaltfrieden.⁹ Nachdem sich die Mehrheitspartei zusammen mit dem katholischen Zentrum notgedrungen zur Annahme des diktierten Friedens entschlossen hatte, wurde die Sozialdemokratie zur konsequenten Verfechterin einer Politik der Erfüllung eingegangener Verpflichtungen bis zur Grenze des Machbaren, um auf diesem Weg die Unumgänglichkeit von Erleichterungen, namentlich im Bereich der Reparationen, zu demonstrieren. 1921/22 erarbeitete die SPD, unterstützt von ihren Schwesterparteien, anstelle prinzipieller Ablehnung ein konstruktives Reparationsprogramm, das die

seines Territoriums und 13 Prozent seiner Bevölkerung, die Hälfte seiner Eisenerzförderung, ein Viertel der Kohlenausbeute und ein Siebtel der landwirtschaftlichen Produktion. Als Mandat des Völkerbunds gingen sämtliche deutsche Kolonien in die Obhut der Siegermächte über. Die Grenzziehung in Schleswig gegenüber Dänemark 1920 orientierte sich wie grosso modo in Oberschlesien an den differenzierten Abstimmungsergebnissen. Der in Parlamentsbeschlüssen und regionalen Plebisziten wiederholt geäußerte Wunsch der deutschsprachigen Österreicher (einschließlich der Sudetendeutschen), sich nach dem Zerfall der Donaumonarchie Deutschland anzuschließen, wurde in Versailles wie im späteren Friedensvertrag von Saint Germain mit Österreich ausgeschlossen. Die Besetzung des Rheinlands durch alliierte Truppen wurde ergänzt durch eine entmilitarisierte Zone entlang des rechten Ufers, die deutsche Armee auf 100.000 Mann Berufssoldaten plus 15.000 Matrosen beschränkt. Produktion und Unterhalt von schweren Waffen wie Panzern, Kampfflugzeugen, Schlachtschiffen und U-Booten, waren untersagt. Der größte Teil der Handelsflotte und Teile der Binnenschifffahrt waren auszuliefern, ebenso etliches Eisenbahnmaterial. Dazu kamen gravierende Eingriffe in die wirtschaftliche Souveränität. Artikel 231, demzufolge Deutschland samt Verbündeten „als Urheber für alle Verluste und Schäden“ verantwortlich gemacht wurde, die die alliierten und assoziierten Staaten und deren Staatsangehörige erlitten hatten, bot die rechtliche Grundlage für die Reparationszahlungen, deren Umfang zunächst ungemessen blieb. Die wichtigste in Versailles getroffene internationale Abmachung betraf die Einrichtung des Völkerbunds. Doch außer dem besiegten Deutschland (unfreiwillig) und dem bolschewistischen Russland blieben auch die USA (nach einer innenpolitischen Machtverschiebung zugunsten der Republikaner) dem Gremium fern. Die polemische Formel vom „Versailler Diktat“ war insofern zutreffend als Vertreter Deutschlands an den Verhandlungen nicht beteiligt waren und das Deutsche Reich ultimativ zur Unterzeichnung aufgefordert wurde. – Vgl. zur Versailler Friedenskonferenz *Eberhard Kolb*, Der Frieden von Versailles, München 2005; Gerd Krumeich (Hg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001.

⁸ Vgl. – im Gestus der Reaktion durchaus typisch – etwa die Rede des Reichsministerpräsidenten Philipp Scheidemann im Reichstag am 12. Mai 1919, in der das „Unannehmbar“ durch die rhetorische Frage unterstrichen wurde: „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“ Stenographische Berichte über die Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, S. 1082-1086. – Scheidemann blieb nur der Rücktritt, als die akute Drohung der Alliierten mit der Wiederaufnahme des Krieges unter für Deutschland völlig aussichtslosen Bedingungen dann doch die Annahme des Versailler Vertrags erzwang, ohne dass im Koalitionskabinett eine Einigung hatte erzielt werden können. Vgl. zur Haltung der MSPD *Groh / Brandt*, Gesellen, S. 180 f.

⁹ Vgl. ebd., S. 181 f. – Einen „Gewaltfrieden schlimmster Art“ meinte eine Reichskonferenz der USPD laut „Freiheit“ vom 12.05.1919 heraufkommen zu sehen. Vgl. auch die Ausführungen Hugo Haases am 12. Juni 1919 im Reichstag, wiedergegeben bei *Eduard Heilfron*, Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen Volksstaates, Bd. 4, S. 2696 ff.

Wiederaufbauinteressen der Sieger- wie der Verliererstaaten berücksichtigte.¹⁰ Die dann sogenannte Erfüllungspolitik war jedoch zunächst nichts anderes als ein Notbehelf mangels Alternative. Erst die erneute Kraftprobe des passiven Widerstands gegen die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets 1923¹¹ – letztlich ein Misserfolg auch für die Invasoren – schuf innen- und außenpolitisch die Voraussetzungen für einen systematischen Neuansatz in der deutschen Außenpolitik. Die von der MSPD anfangs stark betonten territorialen Revisionsziele im Hinblick auf die deutsche Ostgrenze und die Ermöglichung des vom deutsch-österreichischen Parlament einmütig beschlossenen Anschlusses an die deutsche Republik wurden nicht aufgegeben, traten aber schnell in den Hintergrund.

Die seit 1922 wieder mit dem gemäßigten Teil der USPD vereinigte SPD erstrebte die Gleichberechtigung Deutschlands – das unterschied sie von der Rechten – nicht, damit wieder traditionelle Macht- und Hegemonialpolitik getrieben werden konnte. Sie wollte die Einbindung des Deutschen Reiches in ein immer dichteres Netz gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen den Staaten, die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, wirtschaftlich-politische Kooperation und in der Perspektive Integration. Das war keine spezifisch sozialistische Zielsetzung in dem Sinn, dass sie nicht auch im Rahmen einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung verwirklicht werden konnte. Sie wurde nachdrücklich aber vor allem von sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien verfochten, die damit an ihre Stellungnahmen der Vorkriegs- und Kriegszeit anknüpften. Realpolitisch relevant war diese Zielsetzung für Deutschland deshalb, weil sie den Interessen wichtiger Sektoren auch des bürgerlichen Lagers (in der exportorientierten Wirtschaft, in den Mittelparteien und im Auswärtigen Amt, wo das Umdenken schon vor dem Herbst 1918 begonnen hatte) eher Rechnung trug als ein nationaler Revanchismus. Der herausragende Vertreter dieser Richtung im Bürgertum war der Nationalliberale Gustav Stresemann, Außenminister von 1923 bis 1929, wobei dessen Motive eher in der Wiederaufrichtung Deutschlands als einer eigenständigen Großmacht lagen.¹² Die Ge-

¹⁰ Vgl. den Bericht des Parteivorstands über das Geschäftsjahr 1920/21, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921, hier insb. S. 46.

¹¹ Vgl. die eingehende Darstellung und Analyse der sozialdemokratischen Haltung bei *Feucht*, Haltung, S. 221-328. Dort werden auch die im Zusammenwirken mit anderen sozialistischen Parteien, namentlich mit der SFIO, betriebenen Anstrengungen schon während des „Ruhrkampfes“ beleuchtet, eine konstruktive und realistische Lösung des Konflikts um die Reparationen zu finden. – Zu den Hintergründen des „Ruhrkampfes“ vgl. Klaus Schwabe (Hg.), *Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, Paderborn 1983; *Hermann Rupieper*, *The Cuno Government and Reparations 1922-1923. Politics and Economics*, Den Haag u.a. 1979; *Stanislas Jeannesson*, *Poincaré, la France et la Ruhr 1922-1924. Histoire d'une occupation*, Straßburg 1998.

¹² Zu Stresemann und seiner Außenpolitik vgl. insb. *Jonathan Wright*, *Gustav Stresemann 1878-1929. Weimars größter Staatsmann*, München 2006; zuletzt *Karl Heinrich Pohl*, *Gustav Stresemann. Biographie eines Grenzgängers*, Göttingen 2015, dort insb. S. 219 ff.; auch ders. (Hg.), *Politiker und Bürger. Gustav Strese-*

meinsamkeiten mit der SPD bestanden vor allem in der Methode. Für die Kommunisten war diese Verständigungspolitik übrigens so wenig akzeptabel wie die alte Machtpolitik, weil eine Zusammenarbeit der kapitalistischen Länder in ihrer Sicht zwangsläufig eine antisowjetische Stoßrichtung beinhaltete.¹³

Mehr als die innere wurde die äußere Politik der SPD von einer kleinen Personengruppe an der Spitze von Partei und Fraktion konzipiert und getragen, die sich dabei jedoch auf die Unterstützung der Reichstagsfraktion einschließlich des größeren Teils des linken Flügels verlassen konnte und auch die Rückendeckung der einschlägigen Parteigremien fand. An erster Stelle sind die Partei- und Fraktionsvorsitzenden Friedrich Ebert, der dann als Reichspräsident (1919-25) mittels seiner Kompetenzen eine Sonderrolle spielte, Philipp Scheidemann (bis Frühjahr 1919), deren Nachfolger Otto Wels, Hermann Müller (1919/20 auch Außenminister und 1928-30 Kanzler), seit 1922 zudem Arthur Christen, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding zu nennen, die letzten Drei aus den Reihen der USPD kommend. Konzeptionell ragten Müller und Hilferding heraus.

Wegen ihrer jahrzehntelangen Oppositionsstellung und wegen des ihr eigenen Primats der Gesellschaftspolitik mangelte es der SPD in der Außenpolitik an praktischen Erfahrungen, aber auch an einer Tradition konzeptionellen Denkens. Trotzdem war die Außenpolitik für die deutsche Sozialdemokratie nach 1918 unbestrittenermaßen einer der wichtigsten Bezugspunkte. Das galt für die Phase sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung in der krisenhaften Nachkriegsperiode ebenso wie in der Phase loyaler Opposition 1924-28, während der die Partei als Mehrheitsbeschafferin für die Außenpolitik Stresemanns fungierte, insbesondere wenn es um die Aussöhnung mit Frankreich ging.¹⁴ Dabei war sie eigentlich die Avantgarde der Verständigungspolitik, inhaltlich wie methodisch.

mann und seine Zeit, Göttingen 2002 (dort, S. 194-227, insb. *Peter Krüger*, Zur europäischen Dimension der Außenpolitik Gustav Stresemanns); *Ralph Blessing*, Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923-1929, München 2008. Zur weltpolitischen, weltwirtschaftlichen bzw. außenwirtschaftspolitischen Dimension der deutschen Verständigungspolitik vgl. außerdem *Werner Link*, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland, Düsseldorf 1979; *Patrick O. Cohrs*, The Unfinished Peace after World War I – America, Britain and the Stabilisation of Europe 1919-1932, Cambridge 2006.

¹³ Vgl. etwa die Reden *Ernst Thälmanns* und *Clara Zetkins* in der Debatte über die Locarno-Verträge am 27. November 1925 in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 388, S. 4512-4523, 4631-4639. – In der Endphase der Weimarer Republik verschärfte die KPD ihre feindliche Positionierung gegen die Innen- und Außenpolitik der „sozialfaschistischen“ SPD auch durch „nationale“ Polemik, so in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, in: Hermann Weber (Hg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln u.a. 1963, S. 58-65.

¹⁴ Vgl. *Feucht*, Haltung, insb. S. 329-418; *Michael Stürmer*, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

Naturgemäß stand die Außenpolitik für die SPD in einem eigenen ideologischen Begründungszusammenhang, in dem demokratisch-sozialistische, patriotische und internationalistische Motive eng miteinander verbunden waren. Die Sozialdemokraten waren fest überzeugt, mit ihrer Politik auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes optimal zu vertreten, und sie verbuchten die sichtbaren Erfolge der Stresemann'schen Verständigungspolitik, namentlich den Locarno-Sicherheitspakt mit Frankreich 1925, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926, die Einigung über die Reparationsleistungen mit dem Young-Plan 1929¹⁵ sowie die dadurch ermöglichte Räumung des linken Rheinufers von alliierten Truppen 1930 auf ihrer Habenseite.

Dabei kam es der SPD auf die Übereinstimmung friedlicher und demokratischer Außen- und Innenpolitik an. Julius Leber etwa betonte vor allem das Wechselverhältnis von sozialer Fundierung der Republik und nationaler Integration der Arbeiterschaft. Ihm zufolge beruhte das sozialdemokratische Nationalgefühl auf „der Achtung unserer selbst und gleichzeitig auf der Achtung anderer Nationen“. Er grenzte seine Auffassung, dass alle Nationen zu ihrem Recht kommen und gleichermaßen an universellen Zwecken mitwirken sollten, unzweideutig von der national-antagonistischen Einstellung der Rechten ab.¹⁶

Das schon vor 1914 thematisierte Anliegen der allgemeinen Abrüstung hatte durch die Erfahrung des mehr als vierjährigen „Völkermordens“ wie durch die im Versailler Friedensvertrag erzwungenen, einseitigen Rüstungsbeschränkungen Deutschlands einen ganz neuen Stellenwert erhalten. Anders als der größte Teil des bürgerlichen Spektrums war die SPD nicht daran interessiert, das in Versailles vorgegebene Ungleichgewicht durch Wiederaufrüstung des Reiches (sei es infolge vertraglicher Zugeständnisse, sei es infolge vertragswidriger verdeckter Maßnahmen) aufzuheben, sondern sie wollte die teilweise Entwaffnung Deutschlands als ersten Schritt hin zu einer internationalen Abrüstungslösung und Vorbild dafür verstanden wissen. Dabei wurde die SPD zunehmend bescheidener und akzeptierte den Gedanken der Rüstungskontrolle als zeitlich und prozedural vorrangige Zielorientierung. Über die Abrüstungsproblematik Einverständnis herzustellen, war im Konkreten selbst unter den Parteien der

¹⁵ Der Young-Plan von 1929, der deutlich reduzierte jährliche Ratenzahlungen mit sich brachte, die indessen bis 1987 laufen sollten – eine schwere psychologische Hypothek; das deutsch-nationale und nationalsozialistische Volksbegehren dagegen scheiterte indessen deutlich im Volksentscheid – folgte der Zwischenlösung des Dawes-Plans von 1924, der der deutschen Wirtschaft Erholung verschaffen sollte, damit sie in die Lage versetzt würde, die geforderten Reparationen überhaupt aufzubringen. Mit dem Dawes-Plan waren hohe amerikanische Kredite verbunden. Die Siegerpolitik der „produktiven Pfänder“, der Besetzung bislang unbesetzten deutschen Territoriums, war damit beendet.

¹⁶ Die Äußerung Lebers in der Lübecker Bürgerschaft zit. nach *Dorothea Beck*, Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983, S. 100.

Sozialistischen Arbeiter-Internationale nicht einfach. Erst 1928 konnte eine gemeinsame Plattform beschlossen werden.¹⁷

Die „Vereinigten Staaten von Europa“, die im Heidelberger Programm der wiedervereinigten SPD von 1925 gefordert wurden,¹⁸ blieben noch eine unbestimmte Parole; konkreter war die Berufung auf den Völkerbund als entscheidendes Instrument einer neuen Friedensordnung. „Der Völkerbund, wie wir ihn verstehen“, erläuterte Otto Wels bereits 1920 auf dem Kasseler Parteitag, „ist die Niederlage des Imperialismus, er ist das Zeichen des ausschlaggebenden Einflusses des Pazifismus in allen Ländern.“¹⁹ Der außenpolitische Sprecher der Reichstagsfraktion Rudolf Breitscheid konzidierte 1926, der Völkerbund, dem Deutschland gerade im Begriff war beizutreten, sei noch „ein Kollegium von kapitalistischen Regierungen“.²⁰ Deshalb betonte die SPD immer wieder die Notwendigkeit, den Einfluss der sozialistischen Parteien in allen Ländern so zu verstärken, dass der Völkerbund ein „wahrer Völkerbund“, ein Werkzeug sozialistisch-demokratischer Friedenspolitik werden könne. Dabei dachte man sowohl an dessen Parlamentarisierung als auch an seine Universalisierung, sprich: die Hereinnahme der USA und der Sowjetunion, sowie an eine erhebliche Kompetenzerweiterung.

Wie Hermann Müller in seinem Kommentar zum außenpolitischen Teil des Heidelberger Programms²¹ formulierte: „Ein wirklicher Völkerbund soll ... nicht nur alle Völker umspannen, sondern vor allem auch Autorität haben. Ohne Beschränkung der Souveränität der einzelnen Völker geht das nicht“. Die Herausbildung einer wirksamen, rechtswahrenden internationalen Autorität dachten Müller und andere Sozialdemokraten in Analogie zur deutschen Nationalstaatsgründung 1867/71. Auch diese hätte „eine Beschränkung der Souveränität der Bundesstaaten“ mit sich gebracht.

¹⁷ Vgl. Feucht, Haltung, S. 419-534. – Vgl. auch die Rede von Reichskanzler Hermann Müller vor der Delegiertenversammlung des Völkerbunds am 7. September 1928, in: Schulthess, Europäischer Geschichtskalender NF, Bd. 44 (1928), München 1929, S. 452-456.

¹⁸ Abgedruckt in: Dowe / Klotzbach, Dokumente, S. 203-212, hier S. 212.

¹⁹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920, Berlin 1920, S. 31.

²⁰ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 388, S. 4626 (27.11.1925), dort auch das folgende Zitat. – Manche Passagen im Folgenden in Anlehnung an Rainer Behring, Weltfriedensordnung durch Parlamentarisierung. SPD und Parlamentarismus in den internationalen Beziehungen 1923-1932, in: Detlef Lehnert (Hg.), SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder 1871-1990, Köln u.a. 2016, S. 163-184. Diese Fußnote wurde nach Veröffentlichung des Beitrags (11.08.2016) geändert.

²¹ Hermann Müller, Internationale Politik, in: Das Heidelberger Programm, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Berlin o. J. (1925), S. 65-70, folgende Zitate S. 68; vgl. auch ders., Demokratische Außenpolitik, in: Die Gesellschaft 1/I (1924), S. 42-46.

Nun hatte es sich damals um den (zumal preußisch-hegemonial dominierten) Zusammenschluss noch nicht parlamentarisierten, vordemokratischer Verfassungsstaaten gehandelt, in denen die Außenpolitik weitgehend der monarchischen Prerogative unterlag, während 1918/19 Deutschland in den Kreis der parlamentarischen Demokratien eingetreten war, deren konstitutionelles Regelwerk und politische Kultur einen viel weiter reichenden Einfluss der „Volksmassen“ ermöglichen. In Deutschland schlug sich das nicht zuletzt in dem Recht des Reichstags nieder, über Krieg und Frieden zu entscheiden, sowie in der parlamentarischen Zustimmungspflicht bei Bündnissen und Verträgen mit anderen Staaten. Weil die Völker überall den Frieden bewahren und sichern wollten, insbesondere nach den Erfahrungen des Weltkriegs, so wurde unterstellt, gehörten Demokratie – und das hieß für die Sozialdemokraten neben dem allgemeinen gleichen Wahlrecht stets die parlamentarische Regierungsform – und umfassende internationale Verständigung bzw. Kooperation zusammen.

Und noch mehr: Hermann Müller dachte an ein „Völkerbundsparlament“ das neben die Versammlung der Regierungsabgesandten treten sollte und „in das die Parlamente der angeschlossenen Staaten nach der Stärke der Parteien Delegierte zu entsenden hätten“. Die Sozialisten aller Länder sollten dort zusammen mit den „bürgerlichen Friedensfreunden“ den destruktiven Einfluss der Nationalismen unwirksam machen, den „Schutz der [nationalen] Minderheiten“ überall gewährleisten, anknüpfend an entsprechende Forderungen schon vor 1914 die „internationale Gerichtsbarkeit“ und das „gesamte Völkerrecht“ ausbauen. Die Unklarheit über die globale Reichweite dieser Ideen im Verhältnis zu ihrer de facto hauptsächlich europäischen Dimension, welche letztere seitens der Protagonisten selbst meist in den Mittelpunkt gestellt wurde, konnte in der ganzen Zwischenkriegszeit nicht aufgelöst werden, was offenbar nicht als größeres konzeptionelles Problem gesehen wurde.

Gegen dogmatische Positionen, wie sie Paul Levi für die radikale Parteilinke formulierte – „Der Sozialismus ist der Friede, der Kapitalismus ist der Krieg“ – suchte Rudolf Hilferding die sozialdemokratische Außenpolitik eines „realistischen Pazifismus“ analytisch zu begründen. Dabei konnte er teilweise an Karl Kautskys Vorkriegsüberlegungen anknüpfen, die die Entstehung eines überstaatlichen „Ultra-Imperialismus“ zum Gegenstand hatten. Die Orientierung auf internationale Organisationen und Abrüstung war für Hilferding kein Wunschdenken, da die kriegerischen Tendenzen der konkurrierenden Imperialismen durch die Hegemonie des angelsächsischen Kapitals auf dem Weltmarkt abgelöst seien, das eher an der Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte interessiert sei. Zudem biete die 1918/19 interna-

tional zum Durchbruch gelangte demokratische Staatsform die Möglichkeit, das Militär der Politik wirksam unterzuordnen. Die Hauptkriegsgefahr ging für Hilferding jetzt nicht mehr wesentlich von ökonomischen Gegensätzen, sondern von dem Antagonismus von Demokratie und Diktatur aus.²²

Innengesellschaftlich erwartete Hilferding (und mit ihm die SPD-Führung) aus dem Zusammenwirken von avancierter parlamentarischer Demokratie, Organisationsmacht bzw. Erziehungsarbeit der sozialdemokratisch-sozialistischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen usw. Massenparteien bzw. Verbände mit der eigengesetzlichen Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hin zum „organisierten Kapitalismus“ die reale Möglichkeit eines graduellen und reformerischen Übergangs zum Sozialismus. Errungenschaften der Demokratie und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik wie gemeinwirtschaftliche Unternehmen, kommunale Selbstverwaltung und kollektives Arbeitsrecht, Konzepte wie „Wirtschaftsdemokratie“ und „sozialer Rechtsstaat“ schienen in diese Richtung zu weisen.²³

Die Abschwächung und tendenzielle Ablösung antagonistischer Gegensätze und gewaltsamer Formen der Auseinandersetzung konstatierte Hilferding auch in der internationalen Politik, befördert durch die kapitalistischen Interessen und die systemimmanente Entwicklung selbst. Statt einer Zuspitzung zwischenstaatlicher Konflikte und einer Verschärfung der internationalen Spannungen seien „kriegerische Tendenzen“ geschwächt worden, und es eröffne sich mittelfristig die Chance, eine haltbare Weltfriedensordnung zu installieren.

Anstelle eines denkbaren und von manchen erwarteten Aufkommens eines neuen, gefährlichen imperialistischen Gegensatzes zwischen dem britischen Empire als der einzigen Weltmacht des 19. Jahrhunderts und den vor dem und mit dem Ersten Weltkrieg an die Spitze der kapitalistischen Entwicklung und der internationalen Mächterivalität getretenen USA hätten die beiden angelsächsischen Staaten eine gedeihliche Zusammenarbeit eingeleitet und empirisch bewiesen, „wie falsch die Behauptung wäre, dass kapitalistische Konkurrenz allein

²² Vgl. Rudolf Hilferding, Realistischer Pazifismus, in: Die Gesellschaft 1924/II, S. 97 ff.; ders., Drei Beiträge zum Abrüstungsproblem. Krieg, Abrüstung und Milizsystem, in: Die Gesellschaft 1926/I, S. 385 ff.

²³ Vgl. Rudolf Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll, Berlin 1927, S. 165-184; ders., Probleme der Zeit, in: Die Gesellschaft 1/I (1924), S. 1-17; vgl. auch Günter Könke, Organisierter Kapitalismus. Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924-1932), Stuttgart 1987; Wolfgang Luthardt, Sozialdemokratische Verfassungstheorie in der Weimarer Republik, Opladen 1986; Richard Saage (Hg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt am Main 1986.

schon zu staatlichem Gegensatz treiben müsste.“²⁴ Vielmehr trachteten Großbritannien und die Vereinigten Staaten danach, die ökonomische Konkurrenzsituation durch Abmachungen zu mildern und auf staatlicher Ebene zu überwinden, ihre Einflusssphären friedlich-schiedlich abzugrenzen, Differenzen in Gesprächen bzw. gemeinsamen Konferenzen beizulegen, und sie strebten sogar gemeinsame äußere Sicherheit an, möglichst unter Einbeziehung weiterer Staaten. All dieses, so meinte Hilferding, böte ein Ordnungsmodell für die Zukunft der internationalen Beziehungen.

Dabei wollte der Autor keine Idylle zeichnen. Doch brauchte Großbritannien Ruhe statt kriegerischer Konflikte und Rebellion in seinem der Neuordnung bedürftigen Großreich, und in ähnlicher Weise seien die USA zwecks ungehinderten Kapitalexports und ungestörter Rohstoffzufuhr auf Frieden und weltweite Rechtssicherheit aus. An weiterer territorialer Ausdehnung seien die angelsächsischen Hauptsiegermächte jedenfalls nicht interessiert, vielmehr an der „Umformung kapitalistischen Expansionsstrebens in der Richtung gemeinsamer Sicherung und Ausnutzung des Weltmarktes statt gewaltsamer Eroberung einzelner Teile.“²⁵ So sehr sich „innerhalb der staatlichen Herrschaftsorganisation das Interesse der kapitalistischen Schichten noch durchsetzt“, mache sich doch – so Hilferding nachdrücklich – „bei der Bildung des Staatswillens der politische Einfluss der breiten Massen immer stärker und im Gegensatz zu früher unmittelbarer“ geltend, auch durch die gewachsene „Stärke und das Machtbewusstsein vor allem der Arbeiterklasse.“²⁶

Die Außenpolitik der SPD in der Weimarer Republik war also, besonders seit 1923/24, in einem weiteren Sinn des Wortes westorientiert – die Westmächte waren die gegebenen Adressaten der Revisions- wie der europäischen Einigungsbestrebungen –, zielte jedoch nicht auf spezielle Bündnisse. Ein Zusammengehen mit Sowjetrußland, wie es außer den Kommunisten auch Teile der Rechten befürworteten, schien den Sozialdemokraten wegen ihrer generell negativen Einschätzung des Sowjetkommunismus und seiner internationalen Rolle²⁷ verwerflich. Zudem verböte die spezielle Lage Deutschlands jedes deutsch-russische Sonderbündnis, das nur dazu dienen könne, eine Verständigung zwischen Deutschland und den Westmächten unmöglich zu machen. Im Sinne der seit 1919 von ihr geforderten Normalisierung der Beziehungen und der schrittweisen Integration Russlands in die internationale Politik

²⁴ Ders., *Realistischer Pazifismus*, S. 99 f.

²⁵ Ders., *Probleme der Zeit*, S. 14.

²⁶ Ders., *Realistischer Pazifismus*, S. 112.

²⁷ Vgl. *Jürgen Zarusky*, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933*, München 1992.

stimmte die SPD trotz Bedenken hinsichtlich der Umstände am Ende dem Vertrag von Rapallo (1922) zu, ebenso dem Berliner Vertrag von 1926, distanzierte sich aber von allem Demonstrativen, was damit verbunden wurde. Wiederholt kritisierten Sprecher der SPD die geheime Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee, allerdings eher deklamatorisch und um die Kommunisten bloßzustellen.²⁸

Die Außenpolitik der SPD setzte eindeutige Prioritäten. Breitscheid und andere entwickelten, ohne von der Kritik an der Expansionspolitik der französischen Rechten abzugehen, welche eine nachträgliche Erweiterung der friedensvertraglichen Bestimmungen von 1919 anstrebte, doch zunehmend Verständnis für das französische Sicherheitsinteresse auch im militärischen Bereich. Die Verständigung mit Frankreich, von deutscher Seite gezielt betrieben, sollte den sicherheitspolitischen Maximalismus des westlichen Nachbarn aufweichen. Es war auch ersichtlich, dass Fortschritte bei der internationalen Abrüstung ohne eine wesentliche Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen nicht würden erzielt werden können. Nachdem mit dem Dawes-Plan 1924 die Reparationsfrage vorläufig geregelt und somit entschärft war, bedeuteten 1925 die Verträge von Locarno²⁹ mit der Festschreibung der – nach 1919 ja eher von Frankreich infrage gestellten – Westgrenze Deutschlands, die Aussicht auf den Abzug der Franzosen aus dem Rheinland und eine gleichberechtigte Stellung des Reiches verhiess, für die SPD „das Ende einer Epoche ..., in der die Siegermächte ... eine Diktatur über das besiegte Deutschland ausüben konnten“,³⁰ und damit einen Triumph über den Militarismus und die chauvinistische Rechte auf beiden Seiten. Für einige Zeit sahen viele deutsche Sozialdemokraten den Durchbruch in die von ihnen vorgedachte Richtung geschafft.

Während die Deutschnationalen und ähnlich Gesinnte überall nach potentiellen Bündnissen gegen die französischen Hegemonieansprüche Ausschau hielten, konnte für die SPD der Weg zum Aufstieg Deutschlands und zur Gesundung Europas nur über ein direktes Arrangement mit Frankreich eröffnet werden. Selbst als in der Endphase der Weimarer Republik angesichts der Weltwirtschaftskrise und des Abflusses der kurzfristigen amerikanischen Anleihen die Reparationsfrage wieder zu einem großen innenpolitischen Thema wurde – bis in die Arbei-

²⁸ Vgl. *Heinrich August Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924, Berlin / Bonn 1985, S. 461-467; *ders.*, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin / Bonn 1985, S. 290 ff.

²⁹ Abgedruckt in: Michaelis / Schraepfer, Ursachen, Bd. 6 (1961), S. 379-387. Darstellend und problematisierend *Feucht*, Haltung, S. 329-418; *Klaus Megerle*, Deutsche Außenpolitik 1925. Ansatz zu aktivem Revisionismus, Frankfurt am Main / Bern 1974; *Clemens A. Wurm*, Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926, Frankfurt am Main u.a. 1979.

³⁰ *Rudolf Breitscheid*, Locarno, in: Die Gesellschaft 1925/II, S. 497 ff., hier S. 504.

terbewegung hinein –,³¹ und als überdies das Abrücken Englands und der USA von der Verteidigung der Nachkriegsordnung erkennbar wurde, hielten die SPD-Reichstagsfraktion und der Parteivorstand mit großer Konsequenz an der deutsch-französischen Verständigung fest als unumgängliche Voraussetzung und Kernelement multilateraler Friedenslösungen.

Öffentliche politische Reflexionen und Stellungnahmen deutscher Sozialdemokraten konnten ab 1933 nur im Exil erfolgen.³² Die dort geübte Selbstkritik hatte die Außenpolitik der Partei in der Regel nicht zum Inhalt. Doch enthielten die Publikationen, namentlich des Exil-Vorstands, der Sopade, außenpolitische Stellungnahmen in nicht geringer Anzahl. Adressat dieser Kommentare des „Anderen Deutschland“ war mehr und mehr die Öffentlichkeit der Gastländer. Nicht nur die deutsche Bevölkerung, auch die demokratischen Staaten Europas sollten vor der Kriegsgefahr gewarnt werden, die von dem aggressiven und expansiven Nationalsozialismus ausginge. Der Bruch mit der imperialistischen Tradition des Deutschen Reiches seitens der SPD wurde jetzt noch radikaler und demonstrativer als in der Weimarer Republik betont.

Das Dilemma der Sopade bestand darin, dass sie es im Ausland mit Ansprechpartnern zu tun hatte, die ihre eigenen nationalen Interessen zur Richtschnur ihres Handelns machten, so wie sie sie verstanden, und nicht demokratische Prinzipienpolitik trieben. Die frühere Forderung nach friedlicher Revision des Versailler Vertrags glaubte die SPD unter den veränderten Bedingungen nicht aufrechterhalten zu können. Mit ihren ständigen Warnungen vor Hitlers Aufrüstungs- und Expansionskurs stellte sie sich allen Appeasement-Bestrebungen entgegen. Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs, denen man eine Mitschuld am Aufkommen des Nationalsozialismus gab, wurden jetzt zur Festigkeit und Unnachgiebigkeit aufgefordert. Durch die wiederholten Zugeständnisse der Westmächte an Hitler-Deutschland fühlte sich die Sopade immer wieder negativ bestätigt. Die Mahnung an das deutsche Volk lautete indessen: „Die Einheit und Freiheit der deutschen Nation kann nur gerettet werden durch die Überwindung des deutschen Faschismus“. Sollte es dennoch zum Krieg kommen, bevor die Hitler-Diktatur gestürzt sei, dann werde die SPD jedoch „keinen Frieden anerkennen, der zur Zerreißung Deutschlands führt und eine Hemmung seiner freiheitlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet“.³³

³¹ Vgl. *Groh / Brandt*, Gesellen, S. 198 f.

³² Vgl. zum Folgenden grundlegend *Rainer Behring*, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933-1945, Düsseldorf 1999.

³³ So schon Anfang 1934 im Prager Manifest der Sopade, in: *Dowe / Klotzbach*, Dokumente, S. 213-226, hier S. 224.

In ihren Überlegungen während des Zweiten Weltkriegs zur Neuordnung der internationalen Beziehungen, die mit dem Konzept einer gründlichen „demokratischen Revolution“ im Innern Deutschland³⁴ untrennbar verbunden waren, gingen die deutschen Sozialisten – die Sopade und die dann wieder zur SPD stoßenden linkssozialistischen Splittergruppen – ganz überwiegend davon aus, dass die Zeit des vollkommen souveränen Nationalstaats vorüber sei. Es gelte, ein qualitativ neues Kooperationssystem freier und gleichberechtigter Völker zu schaffen. Dabei wurde wiederum einerseits an einen erneuerten, umfassenden Völkerbund mit erheblich erweiterten Befugnissen, andererseits an eine europäische Föderation mit Kompetenzen in der Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik gedacht, die mit den angelsächsischen Mächten und möglichst auch mit der Sowjetunion eng kooperieren sollte. Meist wurde eine Kombination beider Ansätze angestrebt. Der in der Weimarer Republik noch vage Europa-Föderalismus der SPD, dessen Fürsprecher jetzt vor allem vom linken Flügel kamen, wurde in den Programmen der Kriegszeit erstmals verbindlich ausgearbeitet.³⁵ Dabei ist Folgendes mit zu bedenken: In Anbetracht der Kriegslage nach 1941/42 schien ein freiwilliger Verzicht der Deutschen auf volle Souveränität zugunsten einer europäischen Föderation die einzige Alternative zu einem von außen erzwungenen einseitigen Souveränitätsverzicht, und insofern kann es nicht verwundern, dass auch die am Kreisauer Kreis des deutschen Widerstands beteiligten Sozialdemokraten und die demokratischen Sozialisten im KZ Buchenwald in eine ähnliche Richtung dachten.³⁶

Bei allen Illusionen (namentlich der Vernachlässigung irrationaler Faktoren), Fehlern, Inkonsistenzen und opportunistischen Entgleisungen war das außenpolitische Denken der deutschen Sozialdemokratie seit Gründung der Partei von universellen demokratischen und sozialemanzipatorischen Prinzipien geleitet, die ihrerseits auf einem humanistischen und optimistischen Menschenbild fußten. Der Primat der Gesellschaftspolitik erwies sich zwar als

³⁴ Vgl. zusätzlich zu *Behring*, Außenpolitik, und dem zusammenfassenden Aufsatz von *Jan Foitzik*, Revolution und Demokratie. Zu den Sofort- und Übergangsplanungen des sozialdemokratischen Exils für Deutschland 1943-1945, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 24 (1988), S. 308 ff., folgende Exil-Schriften: Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (1941-1945), London Ende November 1945; The Next Germany. A Basis of Discussion on Peace in Europe, Harmondsworth 1943; Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten (Hg. v. einem Kreis früherer Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei in Schweden), Stockholm 1944.

³⁵ Vgl. *Klaus Voigt*, Europäische Föderation und neuer Völkerbund. Die Diskussion im deutschen Exil zur Gestaltung der internationalen Beziehungen nach dem Krieg, in: Thomas Koebner u.a. (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939-1949, Opladen 1987, S. 104-122.

³⁶ Vgl. *Ger van Roon*, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967; „Buchenwalder Manifest“ vom 13.04.1945 in: Peter Brandt / Herbert Ammon (Hg.), Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 58-63.

hinderlich für ein außenpolitisches Spezialistentum, er erzwang aber zugleich im positiven Sinne die gedankliche Rückkoppelung außenpolitischen Denkens und Vorgehens an übergeordnete Ziele und ermöglichte, im günstigen Fall, die bewusste Handhabung der Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik. Zu diesem kurzen Resümee gehört ferner die Feststellung, dass die simple Gegenüberstellung von Nationalem und Supra- oder Internationalität, wie sie heute weit verbreitet ist, sich jedenfalls nicht auf die sozialdemokratische Tradition berufen kann. Das Augenmerk des Historikers muss vielmehr auf die jeweils spezifisch von der Sozialdemokratie verhandelte Beziehung des einen zum anderen gerichtet werden.

Es wäre missverständlich, von einem wiederholten Scheitern der SPD-Außenpolitik vor 1933 bzw. 1945 zu sprechen, denn das würde erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten voraussetzen. Aber es ist offenkundig, dass die Partei mit ihren außenpolitischen Zielen nicht durchgedrungen ist. Die Verständigungspolitik in der mittleren Weimarer Republik drückte den gemeinsamen Nenner von bürgerlich-liberalen und sozialdemokratischen Bestrebungen aus; die SPD allein hätte auch in diesem eingeschränkten Maß keines ihrer Teilziele erreichen können. Eventuelle konzeptionelle Mängel würde man am ehesten auf der mittleren Ebene finden: zwischen den vielen, pragmatisch zu rechtfertigenden kleinen Schritten und der Vision einer stabilen gewaltfreien, solidarischen und demokratischen Weltordnung. Ganz gewiss begünstigten die eingefahrenen Mechanismen und zwischenstaatlichen Reaktionsweisen internationaler Beziehungen nicht gerade den sozialdemokratischen Ansatz, der oft genug als wirklichkeitsfremd kritisiert wurde. Entgegen diesem Vorwurf konnten sich die außenpolitischen Leitlinien der SPD durchaus auf bestimmte strukturelle Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft bzw. des internationalen Staatensystems und damit verbundene objektive Erfordernisse stützen. So erkannten die Protagonisten der SPD klar den Zusammenhang von Reparationen, interalliierten Schulden und nachhaltigem Wiederaufbau der Wirtschaft Europas. Einen tatsächlichen Illusionismus mit wesentlich schlimmeren Folgen verkörperten die traditionellen, machtpolitisch orientierten Außenpolitiker, deren Prinzipien und Praktiken sich in den 1930er Jahren erneut durchsetzen sollten.

Die Haupthindernisse außenpolitischer Bemühungen der SPD lagen in der Gesellschaftsentwicklung und in der Innenpolitik – nicht nur Deutschlands: 1914 in der Durchsetzung der Kriegsoption seitens der Regierenden, die die sozialdemokratische Führung sogar bis zu einem gewissen Grad manipulieren konnten; während der 1920er Jahre in der nicht gebrochenen Machtposition der alten Eliten und in dem überwiegend nationalistischen Meinungsklima;

am Anfang der 1930er Jahre in der Weltwirtschaftskrise, die der auch außenpolitischen Rechtswendung des bürgerlichen Spektrums und dem Aufstieg der NSDAP zum Durchbruch verhalf; 1943-45 am Ausbleiben einer rettenden Erhebung in Deutschland, die möglicherweise hätte verhindern können, dass die deutschen Hitler-Gegner einschließlich der SPD zunächst hauptsächlich zu Objekten alliierten Handelns wurden – mit Weichenstellungen, die die SPD nicht wollte. Ungeachtet dessen schuf die tiefe Zäsur von 1945, kombiniert mit den gesellschaftlichen Veränderungen der 1950er und 60er Jahre, die Voraussetzung dafür, dass, mit Verzögerung, sozialdemokratische Außenpolitik erstmals für Deutschland bestimmend werden konnte und die Welt zu verändern half.